

392299-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – MunLgr Laboe, Fachplanungsleistungen Technische Gebäudeausrüstung
OJ S 127/2024 02/07/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesrepublik Deutschland vertreten durch Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de
Rechtsform des Erwerbers: Auftragnehmer im Bereich Verteidigung
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Verteidigung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: MunLgr Laboe, Fachplanungsleistungen Technische Gebäudeausrüstung
Beschreibung: Fachplanung Technische Ausrüstung HOAI §53, AG 1 bis 8, LPH 2 bis 9
Stufenvertrag
Kennung des Verfahrens: 925c2fbf-a2cb-423d-b78a-753cc689f5c8
Interne Kennung: FG 2884 24D00422
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Laboe
Postleitzahl: 24235
Land, Gliederung (NUTS): Plön (DEF0A)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU
vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Korruption: .
Betrugsbekämpfung: .
Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: .
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: .
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: .

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: .
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: .
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: .
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: .
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: .
Vergleichsverfahren: .
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: .
Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:
.
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: .
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: .
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: .
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: .
Entrichtung von Steuern: .
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: .
Zahlungsunfähigkeit: sowie Vergleichsverfahren
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: sowie Konkurs

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: MunLgr Laboe, Fachplanungsleistungen Technische Gebäudeausrüstung
Beschreibung: Projektbeschreibung, allgemein Im Munitionsdepot Laboe ist der Neubau für eine Feuerwache zu planen. Das zurzeit von der Feuerwehr genutzte Gebäude 175 entspricht nicht mehr dem aktuellen Stand der Vorschriften für den Feuerwehrdienst und hat nicht die räumlichen Kapazitäten zur Unterbringung der Feuerlöschfahrzeuge, der Brandschutzgeräte- und Material, des Brandschutzpersonals, sowie Räumen zur Pflege und Wartung und Aus- und Weiterbildung. Auch die Gesamtstärke des Feuerwehrdienstposten ist gestiegen. Daraus ergibt sich ebenfalls ein entsprechender Flächenaufwuchs. Für den Neubau ist die verbindliche Planungsvorgabe für Feuerwachen –zweigeschossig- der Bundeswehr-Feuerwehr (BwF) für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten anzuwenden. Somit ergibt sich unter Beachtung der abzubildenden Bedarfe Typ 3 Musterplanung (C-1810/76). Die Feuerwache wird als zweigeschossiges, nicht unterkellertes Gebäude mit einem eingeschossigen Hallenbereich erstellt. Im zweigeschossigen Gebäudeteil werden Werkstätten und Lager, Büroräume und Ruhe- und Umkleideräumen, sowie ein Lese- Aufenthaltsraum und Speise- und Unterrichtsraum mit Asteilküche untergebracht. Die Baumaßnahme wird im Sinne des Geheimschutzes als offen eingestuft. Der Neubau der Feuerwache erfolgt auf einem bisher nicht bebauten Stück der Liegenschaft. Nach Fertigstellung erfolgt der Rückbau des Bestands Gebäude 175. Für die Maßnahme wurde im Jahr 2018 bereits eine ES-Bau erstellt. Aufgrund der geänderten Bedarfe und geänderter Musterplanung ist diese zu überarbeiten und auf EW-Bau bzw. FPU (nach RBBau neu) zu komplettieren. Technische Ausrüstung, Anlagengruppe 1-8: (Auszug, Aufzählung nicht abschließend, Musterplanung zur Beachtung C-1810/76)
Anlagengruppe 1: Neuerrichtung von Abwasser- und Wasseranlagen, zur Ver- und Entsorgung des Gebäudes. Anschluss an das Bestandsnetz der Liegenschaft. Anlagengruppe 2: Bisher erfolgt die Wärmezeugung in der Liegenschaft zentral. Der Neubau soll gemäß aktuellem Stand, derzeit EEFB-Erlass v. 26.08.2021 in EGB 40 errichtet werden. Die Wärmezeugung ist dementsprechend zu wählen, ggf. mittels Untersuchung von Varianten. Anlagengruppe 3: Die Planung und Ausführung der raumluftechnischen Anlagen erfolgt nach den Vorgaben der Musterplanung. Abluftanlagen sind für technische Geräte und Anlagen

notwendig. Errichtung einer Zentrale Lüftungsanlage für Zu- und Abluft mit Wärmerückgewinnung. Kälteanlagen sind zu errichten aufgrund innerer Wärmelasten bei Atemschutzkompressor, Serverraum, Technik-Raum und Einsatzzentrale. Anlagengruppe 4: Die Gebäudeinstallation ist für den Einsatz der in der Liegenschaft vorhandenen NEA auszurichten. Zur Überbrückung ist eine USV vorzusehen. Insgesamt umfasst die Leistung die Planung der Niederspannungsschaltanlagen, der Niederspannungsinstallation, der Blitzschutz- und Erdungsanlage, der Allgemeinbeleuchtung, Sicherheitsbeleuchtung, Rettungszeichenleuchten und Alarmlicht. Zudem ist ein Erhaltungsladesystem der Einsatzfahrzeuge vorzusehen. Der Neubau soll gemäß aktuellem Stand, derzeit EEFB-Erlass v. 26.08.2021 in EGB 40 errichtet werden. Die Energieversorgung ist dementsprechend zu wählen, ggf. mittels Untersuchung von Varianten, z.B. Einsatz von PV und Wärmepumpen. Anlagengruppe 5: Die Leistung umfasst die Errichtung von Telefonanlagen, Klingel- und Sprechanlagen, Zutrittskontrollsystem, Uhrenanlage, ELA-Anlage, Rundfunk/Fernsehanlage, BW-Funkanlage, Anschluss an die übergeordnete BMZ der Liegenschaft sowie gebäudebezogene BMZ, Einsatzleitstelle mit Einsatzleitsystem, Videoüberwachungsanlagen, Schlüsselverwaltungssystem sowie IT-Leitungsnetz. Anlagengruppe 6: Krananlage im Fahrzeughallenbereich Anlagengruppe 7: Wäscherei und Reinigungsanlagen für Kleidung und Schläuche. Medienversorgungsanlage zur Erzeugung trockener und ölfreier technischer Druckluft sowie entsprechendes Netz. Anlage zur Erzeugung von Atemluft, Einrichtung Atemschutz-Werkstatt sowie Absauganlage Einsatzfahrzeuge und Dampfstrahler Waschhalle Anlagengruppe 8: Gebäudeautomation, die neuen ISP werden auf die vorhandene Inselzentrale aufgeschaltet.

Interne Kennung: FG 2884 24D00422

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Laboe

Postleitzahl: 24235

Land, Gliederung (NUTS): Plön (DEF0A)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 15/10/2024

Enddatum der Laufzeit: 01/04/2033

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 767 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# Fragen sind schriftlich über die E-Vergabepattform oder per E-Mail an E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de zu stellen. Fragen werden

bis zum 02.08.2024 angenommen. Der Fragen- und Antwortenkatalog wird unter direkter Link zu den Vergabeunterlagen einfügen veröffentlicht. Der ausgefüllte Teilnahmeantrag mit Anlagen ist in Textform mithilfe elektronischer Mittel über die E-Vergabepattform www.e-vergabe-sh.de einzureichen. Hierzu ist eine einmalige Registrierung erforderlich. Auf der E-Vergabepattform befindet sich zur jeweiligen Vergabenummer für den Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen ein einziger Platzhalter. Über diesen ist der Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen entweder als eine Gesamtdatei im PDF-Format oder als ZIP-Datei mit Ordnerstruktur hochzuladen. Bewerbergemeinschaften haben für ihre Bewerbung den Teilnahmeantrag des bevollmächtigten Mitglieds der Bewerbergemeinschaft einschließlich seiner Anlagen hochzuladen. Diesem sind die Teilnahmeanträge aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft als Anlagen beizufügen. Entsprechendes gilt im Fall der Eignungsleihe für die anderen Unternehmen. Angaben zu einem besonderen Berufsstand: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten Verweis. Auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: § 75 VgV, § 56 LBO Schleswig-Holstein. Zugelassen sind: Personen, die gemäß Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates als freischaffende Architekten bzw. Ingenieure tätig und zum Führen dieser Berufsbezeichnung oder zum Tätigwerden in der Bundesrepublik Deutschland berechtigt sind, ggf. ist der Nachweis nach den entsprechenden EU-Richtlinien zu führen. Juristische Personen, sofern deren satzungsmäßiger Geschäftszweck auf Planungsleistungen gerichtet ist und einen verantwortlichen Berufsangehörigen im vorstehenden Sinne (vgl. 1. Spiegelstrich) benennen. Allgemeine Verfahrenshinweise für die Angaben zu einem besonderen Berufsstand sowie die unter 5.1.9 und 5.1.12 genannten Bedingungen: Die Angaben zu einem besonderen Berufsstand sowie die unter 5.1.9 und 5.1.12 genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstigen Unterlagen sind unter Verwendung des Formblattes II-1 Teilnahmeantrag bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist bei der Vergabestelle einzureichen und müssen aktuell (nicht älter als 12 Monate, außer Diplom-Urkunden und Kammereintragungen) und noch gültig sein. Soweit in den Vergabeunterlagen auf Formblätter verwiesen wird, sind diese zu verwenden. - Die geforderten Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstigen Unterlagen sind für alle Leistungsbilder vorzulegen. - Ausländische Bewerber können an Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Eignungsnachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn sie nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als deutscher Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Geforderte Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstige Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als Anlage beizufügen, sofern diese im Formblatt Teilnahmeantrag II-1 nicht bereits enthalten sind. Zu jeder Anlage ist die Anlagennummer einzutragen. Am Ende des Teilnahmeantrags sind die Anlagen in der Reihenfolge aufzuführen, in der sie auf den vorherigen Seiten angegeben wurden. Gem. § 50 Abs. 3 VgV müssen Bewerber oder Bieter u.a. dann keine Eignungsnachweise beibringen, soweit die Zuschlag erteilende Stelle bereits im Besitz dieser Nachweise ist. Dies kann dann der Fall sein, wenn Bewerber oder Bieter diese Nachweise bereits in einem früheren Vergabeverfahren eingereicht haben. Wollen sich Bewerber oder Bieter in einem laufenden Vergabeverfahren auf diese Verfahrenserleichterung berufen, so haben sie die Vergabenummer desjenigen Vergabeverfahrens anzugeben, in dem sie diese Nachweise eingereicht haben. Ohne Angabe der vorgenannten Vergabenummer kann auftraggeberseits nicht nachvollzogen werden, ob und welche Nachweise von den Bewerbern oder Bietern in früheren Vergabeverfahren vorgelegt wurden. Zu beachten ist, dass die Nachweise, auf deren Vorliegen sich Bewerber oder Bieter berufen, für das jeweilige Vergabeverfahren aktuell sein müssen.

Stufenbeauftragung

Bedingungen für die Ausführung des Auftrages:

1) Eigenerklärung über die Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz vom 2.3.1974, geändert durch § 1 Nr. 4 Gesetz vom 15.08.1974 (gemäß Formblatt II-1 Teilnahmeantrag)

2) Eigenerklärung über die Bereitschaft zur Anwendung folgender CAD-Datenaustauschformate: DWG Format 2010 oder höher (gemäß Formblatt Teilnahmeantrag II-1)

3) Eigenerklärung über die Bereitschaft zur Nutzung der Dokumenten- Austauschplattform (Planteamserver) der GMSH (gemäß Formblatt II-1 Teilnahmeantrag)

4) Eigenerklärung über den erfolgreichen Abschluss einer Sabotageschutzüberprüfung

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Sonstiges

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vorbemerkungen für die Nachweise zur Feststellung der Eignung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie zur Feststellung der Eignung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit für Bergergemeinschaften, beabsichtigte Eignungsleihe und Unterauftragsvergabe: Den Einzelbewerbern sind Bergergemeinschaften gleichgestellt. Bei Bergergemeinschaften ist das Formblatt II-1 Teilnahmeantrag von jedem Mitglied der Bergergemeinschaft gesondert auszufüllen und als Anlage gemeinsam mit dem Formblatt II-1 Teilnahmeantrag des bevollmächtigten Mitglieds der Bergergemeinschaft einzureichen. Dabei muss jedes Mitglied seine Eignung für den Leistungsanteil nachweisen, den es übernehmen soll. - Beabsichtigt der Bewerber zur Erfüllung der Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), sind für jedes dieser anderen Unternehmen das Formblatt II-1 Teilnahmeantrag und die dort genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise oder sonstigen Unterlagen – sofern diese in der Auftragsbekanntmachung für den Bewerber selbst auch gefordert sind – gemeinsam mit dem Teilnahmeantrag des Bewerbers einzureichen. Unabhängig von der Rechtsnatur der Verbindungen zu den anderen Unternehmen muss der Bewerber mit seinem Teilnahmeantrag die vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten der anderen Unternehmen sowie die vorgesehenen anderen Unternehmen benennen (Formblatt II-3 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen). Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle ist der Nachweis, dass die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen (z. B. mit dem Formblatt II-4 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen), vorzulegen. Für den Fall, dass der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, ist auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine Erklärung vorzulegen, wonach der Bewerber gemeinsam mit anderen Unternehmen in dem Umfang haftet, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden. - Beabsichtigt der Bewerber Unteraufträge zu vergeben, ohne zur Erfüllung der Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (keine Eignungsleihe), ist eine Vorlage des Formblatts II-1 Teilnahmeantrag und der dort genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise oder sonstige

Unterlagen für die Unterauftragnehmer grundsätzlich nicht erforderlich. Geprüft wird im Rahmen der Eignung nur die Eignung des Bewerbers. Der Bewerber hat jedoch als Anlage zum Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung abzugeben, welche Teile des Auftrags an andere Unternehmen vergeben werden sollen. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind die Namen der Unterauftragnehmer zu benennen und der Nachweis, dass die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen (z.B. mit dem Formblatt II-4 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen), vorzulegen. - Die allgemeinen Verfahrenshinweise in 5.1.6 (Zusätzliche Informationen) sind zu beachten. Vorzulegen sind:

1) Bewerbergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist sowie erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (Formblatt II-2 Erklärung der Bewerbergemeinschaft). Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern handschriftlich unterzeichnete Erklärung abzugeben.

2) Eigenerklärung darüber, dass die in § 123 Abs. 1-4 und § 124 Abs. 1 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber nicht zutreffen (gem. Formblatt II-1 Teilnahmeantrag)

3) Erklärung zum Nichtvorliegen eines Bezugs zu Russland im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576 gem. Formblatt „Eigenerklärung zu Aufträgen und Konzessionen oberhalb der EU-Schwellenwerte“

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vorzulegen sind: 1) Nachweis einer gültigen Berufshaftpflichtversicherung mindestens in Höhe von 2.000.000,00 für Personenschäden sowie 2.000.000,00 für sonstige Schäden oder eine verbindliche Erklärung des Haftpflichtversicherers, dass die bestehende Haftpflichtversicherung im Auftragsfall auf die geforderte Mindestdeckungssumme erhöht wird. In diesem Fall ist die Bescheinigung des Haftpflichtversicherers vor Erteilung des Auftrags nachzureichen. 2) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten 3 Geschäftsjahren (jahresweise) und Eigenerklärung über den Umsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren (jahresweise) für Leistungen, die dem hier ausgeschriebenen Auftragsgegenstand entsprechen, soweit dieser vom Gesamtumsatz abweicht (gem. Formblatt Teilnahmeantrag II-1).

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1) Geeignete Referenzen (mind. 3): Nachweis über die in den letzten 5 Jahren (Erbringungszeitraum) erbrachten wesentlichen Dienstleistungen unter Verwendung des Formblatts II-1-1 (Referenzen), das für jede Referenz gesondert und jeweils vollständig auszufüllen ist. Der Erbringungszeitraum wird zurückgerechnet vom Zeitpunkt des

Schlusstermins für den Eingang der Teilnahmeanträge (Abschnitt 5.1.12). Als „erbracht“ gelten Dienstleistungen, bei denen die Leistungsphase (LPH) 7 abgeschlossen ist und die LPH 8 mindestens begonnen wurde. Hinweise für eine etwaige Auswahlentscheidung 1. Für den Fall, dass der Bewerber mehr als 3 Referenzen einreicht, hat er anzugeben, welche der Referenzen der Auftraggeber bei der Auswahlentscheidung berücksichtigen soll. Erfolgt keine Angabe, wird der Auftraggeber bei der Auswahlentscheidung die ersten 3 Referenzen gemäß der vom Bewerber im Teilnahmeantrag genannten Reihenfolge zugrunde legen. "2. Im Zuge der Auswahlentscheidung werden die im Formblatt II-1-1 Formblatt Referenzen gemachten Angaben zur Referenz mit dem ausgeschriebenen Objekt und den zu vergebenden Leistungen verglichen und bewertet. Bewerber müssen bspw. damit rechnen, dass eine Referenz nicht die volle, sondern eine darunterliegende Punktzahl erhält, wenn die Referenzleistung zwar gem. den o.g. Anforderungen „erbracht“ (LPH 7 abgeschlossen und LPH 8 mindestens begonnen), insgesamt jedoch noch nicht beendet ist, bspw., weil die LPH 8 gerade erst begonnen wurde. Entsprechendes gilt bspw. für die Fälle, dass der Auftragswert der Referenzleistung weniger als 75% des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden Dienstleistung beträgt, dass das Referenzobjekt in Bezug auf seine Planungsanforderungen (z. B. Honorarzone) hinter den Planungsanforderungen des ausgeschriebenen Objekts zurückbleibt, dass die ausgeführte Referenzleistung einen geringeren Leistungsumfang aufweist als die zu vergebende Dienstleistung (z.B. in Bezug auf die erbrachten LPH). Die vorstehenden Wertungshinweise sind nicht abschließend und können im Einzelfall je Referenz mit entsprechenden Folgen für die zu erreichenden Punkte auch in Kombination angewendet werden. "

2) Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Bewerber angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind.

3) Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für die Inhaberin, den Inhaber oder die Führungskräfte des Bewerbers.

4) Eigenerklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers und die Zahl seiner Führungskräfte der letzten 3 Jahre (gemäß Formblatt Teilnahmeantrag II-1).

5) Eigenerklärung, welche Teile des Auftrags der Bewerber unter Umständen an andere Unternehmen zu vergeben beabsichtigt. Hinweise zur Bewerbung mit Nachunternehmern: siehe Punkt 5.1.9 Sonstiges der Bekanntmachung und „Allgemeine Hinweise“ im Teilnahmeantrag (Formblatt II-1).

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Die Angaben zu den Qualitätskriterien sowie die Bewertungsmethodik sind im Formblatt „II-6-2 Zuschlagskriterien und Wertung“ zu finden.

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Die Bewertungsmethodik des Preises ist im Formblatt „II-6-2 Zuschlagskriterien und Wertung“ zu finden.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 02/08/2024 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121009510>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121009510>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121009510>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121009510>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 08/08/2024 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 3 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Unvollständige Teilnahmeanträge und Angebote werden grundsätzlich vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Bieter aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen innerhalb einer angemessenen Frist nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren (Nachforderung). Auf eine derartige Nachforderung dürfen die Bieter nicht vertrauen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: "Hinweis zu 5.1.12 Auftragsbedingungen: Elektronische

Rechnungsstellung: Erforderlich. Hierzu geben wir folgenden Hinweis, eine elektronische Rechnungsstellung, ist zulässig aber nicht erforderlich."

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes, Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern (§ 155 ff. GWB). Gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Ein wirksam erteilter Zuschlag kann nicht aufgehoben werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Ist der Zuschlag bereits erteilt, kann die Unwirksamkeit eines Vertrages nach § 135 Abs. 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Bundesrepublik Deutschland vertreten durch Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

Registrierungsnummer: 01-2002-79

Postanschrift: Küterstraße 30

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24103

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de

Telefon: +494315992300

Fax: +494315991520

Internetadresse: <http://www.gmsh.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.gmsh.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes, Bundeskartellamt

Registrierungsnummer: t:022894990

Postanschrift: Villemombler Str. 76

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 228-94990

Fax: +49 228-9499-163

Internetadresse: <http://www.bundeskartellamt.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0006

Offizielle Bezeichnung: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

Registrierungsnummer: 01-2002-79

Postanschrift: Küterstraße 30

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24103

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de

Telefon: +49 431-599-2300

Fax: +49 431-599-1510

Internetadresse: <http://www.gmsh.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0007

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: edb7f626-8311-4cb9-bf59-05bed46023d4 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 01/07/2024 12:29:00 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 392299-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 127/2024
Datum der Veröffentlichung: 02/07/2024